

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
die Überprüfung des Tatbestands Verhetzung und
die Verstärkung der Aktivitäten bei der präventiven Bekämpfung von Extremismen,
insbesondere religiös motiviertem Fanatismus und Terrorismus**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass das Strafausmaß und die Grenze strafrechtlicher Relevanz des Tatbestands für Verhetzung überprüft und nötigenfalls verschärft werden. Ebenso sollen die Aktivitäten bei der präventiven Bekämpfung von Extremismen, insbesondere religiös motiviertem Fanatismus und Terrorismus, verstärkt werden und in Angebote für Ausstiegs- und Beratungsprogramme münden.

Begründung

Die weltpolitisch in jeder Hinsicht besorgniserregenden und erschütternden Ereignisse in den Regionen des Nahen Ostens, vor allem aber in Syrien und dem Irak, stellen eine der größten Herausforderungen an die Internationale Gemeinschaft dar. Mit dem Auftreten der Terrorgruppe des „Islamischen Staates“ (IS) wurde jüngst allerdings wieder deutlich, dass mit diesen internationalen Krisenherden auch innenpolitische Herausforderungen verbunden sind. Vor allem wenn sich herausstellt, dass sich aus dem Inland eine zusehends wachsende Anzahl von Personen Terrorgruppen, wie dem IS, anschließen oder sogar direkt in die Krisenregionen reisen, um sich dort dem bewaffneten Kampf dieser Terrorgruppen anzuschließen. Nach Angaben des Innenministeriums (BMI) bzw. des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BVT) handelt es sich derzeit um ca. 130 bis 140 solcher Personen, sog. „Foreign Fighters“, die von Österreich aus in den „terroristischen Dschihad“ gezogen sind. Um den Aufruf zu Hass und Gewalt im Zuge von Rekrutierungsversuchen dieser Gruppen in Österreich strafrechtlich besser erfassen zu können, soll die Anpassung des Tatbestands der Verhetzung im Strafgesetzbuch geprüft werden.

Neben sicherheitspolitischen Maßnahmen der Internationalen Gemeinschaft vor Ort, ist in Europa vor allem Prävention ein effektives Mittel, solchen Entwicklungen beizukommen. Um die Radikalisierung von jungen Menschen in Europa zu verhindern, ist neben der grundsätzlichen Schaffung von Chancengleichheit und Bildung als Basis für eine gerechte Gesellschaft, die Schaffung einer organisierten Anlauf- und Beratungsstelle für Eltern, Angehörige und Betroffene dringend erforderlich. Auf Basis einer Initiative der Europäischen Union aus dem Jahr 2008 (Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus) wurde bereits 2011 das „Radicalisation Awareness Network (RAN)“ eingerichtet. Ein Mitglied dieses Netzwerks ist die Organisation „Hayat“ in der Bundesrepublik Deutschland, welche von RAN als „best practice“ im Bereich „exit programmes and deradicalisation“ bezeichnet wird und daher beispielgebend für die Aktivitäten auf Bundesebene sein könnte. Mit der Strategie der Einbindung des gesamten familiären Umfelds der Betroffenen, soll ein Ausstieg aus der radikalen Szene ermöglicht bzw. zu erleichtert werden.

Der Oberösterreichische Landtag hat sich bereits 2012 in einer Resolution (Blg. 751/2012, Beschluss vom 8.11.2012) für die Entwicklung eines Ausstiegsprogramms im Bereich Extremismus und Radikalisierung, insbesondere Rechtsextremismus, Linksextremismus sowie religiös motivierter Fanatismus gewaltbereiter Gruppierungen ausgesprochen. In der Beantwortung vom 17.1.2013 wurde seitens des Bundes hervorgehoben, dass es zweckmäßig wäre, auf die jeweiligen Zielgruppen abgestimmte Programme zu entwickeln und stellt auch den Bezug zu deutschen Initiativen her.

Linz, am 23. September 2014

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Buchmayr, Schwarz, Wageneder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Dörfel, Sigl, Brunner, Frauscher, Schulz, Lackner-Strauss, Ecker, Stanek, Peinsteiner, Jachs, Kirchmayr, Weinberger, Alber, Tausch, Hingsamer, Manhal, Weixelbaumer, Priglinger, Astleitner, Langer-Weninger, Pühringer, Csar, Höckner, Hüttmayr, Schillhuber, Aichinger, Gattringer

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr